



Workshop:

Titel: Ressourcenwirtschaft und ihr Brückenbau zur gegenwärtigen Wirtschaft und zu anderen Alternativen zur Erreichung ökologischer und sozialer Ziele der Naturbewahrung und einer gerechten Verteilung der Lebenschancen.

Persönliche Angaben:

Name: Hans Peter Aubauer Email: hans.peter.aubauer@univie.ac.at
Institution: Fakultät für Physik, Univ. Wien

Name: Harald J. Orthaber Email: h.orthaber@fli.at
Institution: ESD, Wien

Kurzbeschreibung: Anhand der Ressourcenwirtschaft (Aubauer, 2006) werden, ausgehend vom gegenwärtigen Wirtschaftssystem, wohl begründbare ökologische und soziale Ziele von nationaler bis zur globalen Ebene umsetzbar dargestellt – Referent: H. P. Aubauer. Fallbeispiele aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen und bürgerlichen Lebenslagen werden nach Wunsch diskutiert und analysiert. Gegenüberstellungen und ein Brückenbau zur derzeitigen Wirtschaft und zu anderen Alternativen sowie ein Zusammenwirken verschiedener Instrumente und Maßnahmen werden skizziert – H. J. Orthaber.

Termin: Do, 12. Juli, 10.00 – 13.00 // 15.00 – 16.30

Kategorie: Schwerpunktthema: Alternativen zur gängigen Ökonomie

Bücher zum Thema, am Büchertisch:

Aubauer, Hans Peter, 2006: Ökologische, globalsolidarische und soziale Zügel für den Kapitalismus. in: „Weltreligionen und Kapitalismus“ K. Knoflacher u.a. (Hrsg.) echo media Verlag Wien 2006 ISBN: 3-901761-54-3

Rauch, Herbert, Strigl, Alfred, 2005: Die Wende der Titanic. Wiener Deklaration für eine zukunftsfähige Weltordnung, Oekom-Verlag München.



zur Ressourcenwirtschaft

Weniger Umweltschädigung und Arbeitslosigkeit durch kostengerechte Preise

Hans. P. Aubauer
Fakultät für Physik der Universität; A-1090 Wien
Hans.Peter.Aubauer@Univie.AC.AT

Wien, im August 2007

Gründe für Umweltschädigung und Arbeitslosigkeit:

Rasch muss die anthropogene Belastung der Natur unter deren Belastungsgrenze gesenkt werden. Denn die überlastete Natur und mit ihr die Versorgung der Menschheit mit überlebensnotwendigen Naturressourcen (Nahrung, Energie, Materialien, Entsorgungskapazität etc.) droht zusammen zu brechen (etwa durch Klimadestabilisierung, Bodendegradation, Artensterben). So müssen die Treibhausgasemissionen jährlich um mindestens 8%/a verringert werden¹. Sonst droht die Erderwärmung durch selbst verstärkende positive Regelkreise außer Kontrolle zu geraten: wenn etwa durch das Abschmelzen von (in Permafrostböden und Meeressedimenten gespeichertem) Methanhydrat-Eis so viel Methan frei gesetzt würde², dass die Erwärmung auch weitergehen würde, wenn alle anthropogenen Treibhausgasemissionen sofort auf null gesenkt würden. Dagegen ist die politisch angestrebte Reduktion der Treibhausgasemissionen um 90% erst bis 2050 in fahrlässiger Weise zu niedrig. Weil der Produktionsfaktor Arbeit/Wissen zu teuer im Vergleich zum Produktionsfaktor Naturressourcen ist³, kann aber auch diese unvollständige Reduktion nicht erreicht werden. Denn die Amortisationszeit der Reduktionstechniken wird zu lang und oft länger, als deren Lebensdauer, was sie unrentabel macht.

Auch die Absenkung der Arbeitslosigkeit scheitert. Denn die durch grenzenlose Kapital- und Güterverkehrsfreiheit grenzenlose Konkurrenz erzwingt den Ersatz der teuren (aber im Überfluss vorhandenen) Arbeit/Wissen durch die billigen (aber knappen) Naturressourcen, um die Produktionskosten senken zu können. Insbesondere das Herkunftslandprinzip des Handels⁴ lässt jene Produktionsstandorte gewinnen, die möglichst viele Kosten aus ihrer betriebswirtschaftlichen Rechnung ausgliedern (externalisieren) und auf die Gesellschaft abwälzen. Es entsteht ein Wettbewerb um möglichst niedrige ökologische und soziale Standards, möglichst niedrige Steuern bzw. möglichst hohe Förderungen. Jene, die auf Kosten der Allgemeinheit leben, gewinnen zu Lasten jener, die ihr dienen.

Verschärft wird der Gegensatz zwischen teurer Arbeit und billiger Natur eine traditionell hohe Besteuerung der Arbeit/Einkommen/Löhnen und des Mehrwertes und einer geringen der Naturnutzung⁵.

Umlagerung der Steuern von der Arbeit zur Natur:

Vorgeschlagen wird hier die Reduktion von Naturbelastung und Arbeitslosigkeit mittels einer aufkommensneutralen und sozialen Verbilligung des Produktionsfaktors

¹ In zehn Jahren auf unter die Hälfte, in 20 Jahren auf ein Fünftel und in 30 Jahren auf unter ein Zehntel.

² Einerseits ist in Methanhydrat doppelt so viel Kohlenstoff gespeichert, wie in fossiler Energie. Andererseits trägt ein Methanmolekül mehr als zehn Mal so viel zur Erderwärmung bei, wie ein Kohlendioxidmolekül.

³ Der dritte Produktionsfaktor Kapital kann in die Produktionsfaktoren Arbeit und Natur zerlegt werden: Finanzkapital kann als „gefrorene“ Arbeit und Realkapital als durch Arbeit veredelte Natur interpretiert werden.

⁴ Ihm entsprechend darf sich etwa in der europäischen Union kein Mitgliedsland gegen den Import von Gütern wehren, die in einem anderen Mitgliedsland zum Verkauf zugelassen sind.

⁵ Beispielsweise liegen etwa 90% der Aufkommen von Steuern/Beiträgen in Österreich auf Arbeit/Mehrwert, während nur 7% Umweltsteuern ausmachen.



Arbeit/Wissen und Verteuerung des anderen Produktionsfaktors Naturressourcen³. „Aufkommensneutral“, weil sich das durchschnittliche Preis- und Steuerniveau dabei nicht ändern soll. „Sozial“, weil die Naturressourcen dabei gerecht verteilt werden müssen und können. Begonnen werden könnte mit der schrittweisen Umlagerung der Besteuerung der Arbeit und des Mehrwertes (Mehrwertsteuer) zu einer Besteuerung der Naturressourcen, etwa der Nutzung von Energie, Materialien und versiegelter Fläche (konkret der Bau- und Verkehrsflächen)⁶. Das Aufkommen (Einnahmen) aus der stufenweise wachsenden Umweltbesteuerung würde durch die Anzahl der erwachsenen Bürger geteilt und an jeden von ihnen in gleichem Ausmaß zurück gezahlt bzw. zur Absenkung ihrer Last an übrigen Steuern verwendet⁷.

Diese Ressourcenbesteuerung und Rückvergütung lässt das reale Steuer-, Preisniveau und Sozialprodukt unverändert (Aubauer, 2006 a;b). Für jene, die durchschnittlich viele Ressourcen verbrauchen, werden die gestiegenen Ressourcenausgaben durch die Rückvergütung genau kompensiert. Das Preisniveau ihrer Ausgaben ändert sich nicht, sehr wohl aber deren Preisstruktur: Naturressourcenintensive Produkte/Dienstleistungen werden teurer, arbeits- und wissensintensive verbilligen sich. Jene, die dagegen mehr als durchschnittlich Ressourcen verbrauchen, sind mit einem durch die Besteuerung gestiegenen Preisniveau konfrontiert⁸, das einer Berücksichtigung positiver externer Kosten in den Preisen (ihrer „Internalisierung“) entspricht (Pigou, 1923; Kapp, 1979; 1987; Aubauer, 2006 a;b). „Extern“ sind Kosten, die die Käufer mit ihren Käufen verursachen, aber nicht bezahlen und auf die derzeitige und künftige Gesellschaft abwälzen. Indem sie diese Kosten bezahlen, subventionieren die Mehrverbraucher Minderverbraucher, die weniger Naturressourcen, als im Durchschnitt verbrauchen. Die Besteuerung der Naturressourcen senkt das Preisniveau der Minderverbraucher, was als Internalisierung negativer externer Kosten interpretiert werden kann. Für einen ausreichend niedrigen Verbrauch an Naturressourcen (der mit der Besteuerung wächst) sinkt deren Preis sogar auf null, weil die gestiegenen Ressourcenkosten zur Gänze durch die Rückvergütung kompensiert werden.

Die seit nahezu einem Jahrhundert in der Ökonomie diskutierte Internalisierung externer ökologischer und sozialer Kosten (Pigou, 1923; Kapp, 1979; 1987; Aubauer, 2006 a;b) würde endlich begonnen und eine Selbststeuerung der Wirtschaft über die Preise erreicht. So dass sie von sich aus das ökologische Ziel der gerechten Verteilung der

⁶ Beispielsweise betrug das Aufkommen aller Steuern/Beiträge im Jahr 2005 in Österreich 103,464 Mrd. Euro, wovon 68,31% (oder 70,672 Mrd. Euro) auf die Arbeit entfielen (Tatsächliche Sozialbeiträge, Einkommensteuer, Körperschaftssteuer) und 18,81% (19,466 Mrd. Euro) auf dem Mehrwert, zusammen 90,138 Mrd. Euro (87,12%). Demgegenüber lasteten nur 6,7% (oder 6,929 Mrd. Euro) auf der Umwelt (Energiesteuern, Transportsteuern, Ressourcensteuern, Tabaksteuer). Auf jeden erwachsenen Österreicher entfallen damit 16547 Euro an auf Arbeit/Mehrwert lastenden Steuern/Beiträgen. Die Last von 90,138 Mrd. Euro (oder 16547 Euro/Kopf) könnten nun innerhalb einiger Jahre stufenweise von der Arbeit/Mehrwert auf die Umwelt umgelagert werden, beispielsweise auf den Stromverbrauch von $65,2 \cdot 10^9$ kWh_{el}/a, den (nichtelektrischen) Energieverbrauch von $437,3 \cdot 10^9$ kWh_{th}/a, auf die Materialentnahme an der Quelle von $174 \cdot 10^9$ kg/a und auf die Nutzung der $4,28 \cdot 10^9$ m² an Bau- und Verkehrsflächen. Angenommen die Ressourcennutzungen (Energie, Materialien, versiegelte Fläche) würden die ganze Steuerlast von 90,138 Mrd. Euro zu je einem Drittel tragen, die innerhalb von zehn Jahren von der Arbeit/Mehrwert auf sie umgelagert wurde. Die Steuer würde innerhalb dieser Periode von null auf einen Wert zwischen 26,1 und 52,2 Cent pro kWh_{el} Strom, zwischen 8,7 und 17,4 Cent pro kWh_{th} Energie, zwischen 21,9 und 43,8 Cent pro Kilogramm Materialstrom und zwischen 8,9 und 17,7 Euro pro Quadratmeter Bau- und Verkehrsfläche anwachsen. Dabei wird angenommen dass die Nutzungen von Energie, Material und Fläche um nicht mehr, als die Hälfte absinken. Diese Annahme ist konservativ, da deren momentane langfristige Nachfragepreiselastizität unter eins liegt und bei zunehmender Besteuerung abnimmt.

⁷ Im ersten Jahr macht dies pro Kopf 1087 Euro, im zweiten Jahr 2282 Euro aus und wächst im zehnten Jahr auf jährlich 16547 Euro/Kopf an.

⁸ Die für alle gleiche Rückvergütung kompensiert ihre gewachsenen Ressourcenkosten nicht mehr.

unvermehrten Naturressourcen und damit Lebenschancen⁹ zwischen den Generationen, aber auch das soziale Ziel der gerechten Ressourcenverteilung innerhalb der Generationen anstrebt, ganz im Sinne der von A. Smith postulierten „Unsichtbaren Hand“ (Smith, 1776). Weil die externen Kosten nicht nur positiv, sondern auch negativ sind, verändert ihre Berücksichtigung in den Preisen deren Differenzen, nicht aber Durchschnitt. Entsprechend dem ökologischen Ziel werden arbeitsintensive Produkte/Dienstleistungen, Techniken und Verhaltensweisen billiger und verdrängen naturintensive, die teurer werden. Entsprechend dem sozialen Ziel steigen bzw. sinken die Preise für ein und dieselben Güter mit dem Naturverbrauch, den jemand indirekt über seine Käufe tätigt. Gutverdiener suchen den für sie teuer gewordenen Naturkonsum einzuschränken und auf Arbeitskonsum auszuweichen. Dadurch steigen Arbeitsnachfrage und Löhne. Auch Schlechtverdiener versuchen ihren Naturkonsum einzuschränken, weil sie so niedrigere Preise zahlen. Nichtverdiener werden mit einem Minimum an Natur versorgt. Der sozialen Ungerechtigkeit der „Marktwirtschaft“ wird damit die Grundlage entzogen, sodass sie nicht mehr durch almosenähnliche Direktzahlungen an Arme kompensiert werden muss, was trotz großem administrativen Aufwandes unter den Bedingungen eines grenzenlosen Wettbewerbs sowieso nur vorübergehend gelingen kann. Es lässt sich zeigen, dass derart kostengerecht gemachte Preise das Sozialprodukt nicht beeinträchtigen (Aubauer, 2006 a;b) und wirtschaftsverträglich sind.

Der Druck zur Senkung der Produktionskosten erzwingt unter den neuen Rahmenbedingungen den Ersatz des teuer werdenden Einsatzes von Naturressourcen durch den (bei gleichen Einkommen/Löhnen) billiger werdenden von Arbeit/Wissen, ganz im Gegensatz zur Gegenwart. Die Arbeitslosigkeit und Naturbelastung sinken, wie auch ungerechte Arm/Reich-Gegensätze. Die Finanzierung von Gemeinschaftsleistungen (etwa Pensionen) wird sicherer, weil sie vom (bei einem sinkenden Beschäftigtenanteil) unsicheren Umlageverfahren abgekoppelt und auf die Besteuerung von Naturressourcen gelegt wird, deren Verbrauch zwar gesenkt wird, wegen ihrer Unentbehrlichkeit aber nie auf null¹⁰. Die Exporte wachsen, weil sie angesichts der weltweit mittelfristig teurer werdenden Ressourcen attraktiver, weil ressourceneffizienter werden. Die Unabhängigkeit von den sich rasch verschärfenden globalen Ressourcenverteilungskämpfen wächst. Weiters schwindet der Gegensatz von formeller und informeller Wirtschaft, weil sie finanziell auf dieselbe Basis gestellt werden. Die Jagd nach Schwarzarbeit und ihr administrativer Aufwand werden überflüssig. Die Wirtschaft wird anpassungs- und damit leistungsfähiger.

Überwinden der Grenzen der Steuerumlagerung durch Ressourcenzertifikatshandel:

Begleitend muss aber vom Herkunfts- zum Bestimmungsland übergegangen werden. Jedes Land muss die Standards der in ihm angebotenen Güter selbst bestimmen zu können. Sonst verdrängen die billig gebliebenen ressourcenintensiven Importe die teurer gewordenen ressourcenintensiven Inlandsprodukte, ohne dass ein Steueraufkommen zustande kommt mit dem die arbeitsintensiven Güter verbilligt werden können.

Außerdem können rückvergütete Steuern auf den Ressourcenverbrauch diesen nur anfänglich senken. Einerseits entstünden bei einer hohen Besteuerung Verzerrungen der Preise zwischen besteuerten Ressourcen (etwa Energie, Material, Fläche) und unbesteuerten, die nicht begründet werden können. Andererseits würde das Steueraufkommen ein Mehrfaches des Geldumlaufs erreichen und seine Rückzahlung nicht administriert werden können. Drittens eignet sich das Geld- und Steuersystem grundsätzlich nur für die Anfänge ökosozialer Rahmensetzungen. Es muss schließlich durch ein Zertifikatssystem ersetzt werden, das den gesamten Naturverbrauch erfasst und auf der Kennzeichnung der Produkte/Dienstleistungen neben ihrem Preis auch mit ihrem Ressourcenverbrauch in Flächeneinheiten (Aubauer, 2006 a;b) aufbaut. Soll der Ressourcenverbrauch der Bürger eines Landes nach einem vorgegebenen Zeitplan (um

⁹ ...denn kein Leben ist ohne natürliche Ressourcen möglich.

¹⁰ Beispielsweise liegt die Langfristpreiselastizität des Energieverbrauchs um eins, sinkt aber in dem Ausmaß, in dem die Energiesparpotentiale mit abnehmendem Verbrauch ausgeschöpft werden.

etwa 8%/a) auf das erneuerbare Angebot abgesenkt werden, dann darf er in einem bestimmten Jahr ein bestimmtes Ausmaß nicht überschreiten. Dazu werden von einer nationalen Ressourcenagentur (deren alleinige Verantwortung diese Verbrauchsreduktion ist) Ressourcenzertifikate (in Flächeneinheiten) (Aubauer, 2004) an jeden Bürger in gleichem Ausmaß ausgegeben, die diesem vorgegebenen Ausmaß entspricht. Der Bürger kauft Produkte/Dienstleistungen nach wie vor mit Geld entsprechend ihrem Preis und mit Ressourcenzertifikaten entsprechend ihrem Ressourcenverbrauch. Sobald er indirekt über seine Käufe so viele Ressourcen verbraucht, wie vorgegeben, ändert sich für ihn nichts. Er hat genau so viele Zertifikate erhalten, als er für seine Käufe braucht. Wenn er aber mehr Ressourcen verbrauchen will, muss er Zertifikate am freien Markt kaufen, so dass diese einen Umtauschwert in Geld erhalten. Mit diesen Zertifikatskäufen muss er mehr Geld für ein und dieselben Güter ausgeben, als ein anderer, der weniger Ressourcen verbraucht. Das Niveau seiner Preise steigt, weil sie positive externe Kosten enthalten. Sobald ein Bürger weniger Ressourcen verbraucht als vorgegeben, benötigt er nicht alle Ressourcenzertifikate für seine Käufe, die er einerseits kostenlos erhalten hat, die andererseits aber einen Geldwert besitzen. Der Bürger erhält ein zusätzliches Einkommen für sein Verdienst mit wenigen Ressourcen auszukommen. Das reale Niveau der von ihm gezahlten Preise sinkt, weil sie negative externe Kosten berücksichtigen. Für einen nicht zu hohen Ressourcenverbrauch sinken die Preise auf null: Der Geldwert der Zertifikate ist so hoch, dass er die diesem Ressourcenverbrauch entsprechenden Käufe mit diesem Geldwert finanzieren kann¹¹.

Es entsteht eine Wirtschaft, die durch völlig kostengerechte Preise gesteuert, von sich aus mit minimalen Kosten und Eingriffen ökosozial wird. Die Preise enthalten die Grenzen des Naturressourcenverbrauches dort, wo das Recht auf Ressourcenverbrauch des einen endet, weil dasselbe Recht des anderen beginnt. Minimal sind die Kosten, weil der durch die Kostengerechtigkeit verursachte Wechsel der Kaufentscheidung von ressourcen- zu wissensintensiven Gütern nichts kostet. Minimal sind die Eingriffe, weil ressourceneffiziente, arbeits- und wissensintensive Techniken/Produktionsweisen von sich aus rentabel werden und ebenso wenig gefördert werden müssen, wie ungerecht sozial Schwächere, weil es diese nicht mehr gibt.

Literatur

- Aubauer H. P. (2006a): „A just and efficient reduction of resource throughput to optimum“
Ecological Economics, 58, 637-649.
- Aubauer H. P. (2006b): „Ökologische, global-solidarische und soziale Zügel für den Kapitalismus“ in „Weltreligionen und Kapitalismus“ (Ed.) H. Knoflacher u. a. ; echomedia Verlag Wien.
- Aubauer H. P. (2004): „Biologisch produktive Bodenflächen als Voraussetzung zukünftigen Lebens“, Wissenschaft & Umwelt – 2004
Interdisziplinär Nr. 8. Forum Österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz, Wien.
- Kapp K. W., 1987: „Für eine ökosoziale Ökonomie“ Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt.
- Kapp K. W., 1979: „Soziale Kosten der Marktwirtschaft“ Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt.
- Pigou, A.C., 1923: „The Economics of Welfare“. Macmillan.
- Smith, A., 1776: „Der Wohlstand der Nationen“ Deutscher Taschenbuch Verlag 1978.

¹¹ Dabei können elektronische Kreditkarten verwendet werden, die die Geld- und Ressourcenzertifikatsmenge verzeichnen. Die Zertifikate können auch entsprechend ihrem momentanen Geldwert vom Gehaltskonto als Geld abgehoben werden und an der Kasse ausschließlich mit Geld bezahlt werden, indem der Kassencounter den kostengerechten Preis errechnet (dabei addiert er zum Preis eines Gutes das Produkt aus seinem Ressourcenverbrauch und dem momentanen Zertifikatswert).

zum Brückenbau – die nachfolgende Darstellung wurde bei der 2. Konferenz Zivilgesellschaft, 12./13. Mai 2007, Wien, eingebracht (<http://www.initiative-zivilgesellschaft.at>) und als Projekt in der Initiative Zivilgesellschaft beschlossen.

Harald Orthaber (ESD), Franz Skala (Institut für ökologische Stadtentwicklung)

Zukunftsforum: Systemwandel zfs

(unter Systemwandel verstehen wir die Änderung der Grundeinstellung weg vom Glauben an die technologische Lösbarkeit aller Probleme hin zur Respektierung naturbedingter Grenzen durch die Entwicklung neuer Rahmenbedingungen (insbesondere für die Wirtschaft) für die notwendige Umstellung des Lebensstils)

Kurzreferat im Plenum und ev. Workshop
Antrag an die Konferenz zur Einrichtung eines
„Zukunftsforums: Systemwandels“



**»Konferenz
Zivilgesell-
schaft«**
für Organisationen,
Initiativen und engagierte
BürgerInnen

**Aufbruch zu neuer
Gemeinsamkeit**
Reden - Verstehen – Handeln

12. + 13. Mai 2007
Wien 23, Anton-Krieger-Gasse 25

Ausgangslage. In den bisherigen Diskussionen wurde Übereinstimmung erzielt, den Systemwandel zum zentralen Anliegen der Initiative Zivilgesellschaft zu machen. Die in den Ergebnissen der ersten Konferenz Zivilgesellschaft formulierte Diagnose der Fehlentwicklungen des bestehenden Systems und Vision eines zukünftigen nachhaltigen Systems sowie die aufgelisteten Maßnahmen müssen weiter konkretisiert werden.

Leitlinie. Das „Zukunftsforum: Systemwandel“ ist eine Plattform zur Entwicklung von Strategien für einen Systemwandel mit einer konkreten Umgestaltung der alltäglichen Lebensverhältnisse. Dazu wird ein Brückenbau zwischen verschiedenen vorgeschlagenen Modellen und Instrumenten zur Erreichung des ökologischen Ziels der Naturbewahrung und des sozialen Ziels einer gerechten Verteilung des Wohlstands unter direkt-demokratischen Verhältnissen angestrebt.

Aufgabenbereiche zur Erreichung des Systemwandels. Die Hauptaufgaben sind mit der Leitlinie verknüpft, die Ergebnisse werden durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit verbreitet, die auch Reaktionen auf die aktuelle Medienberichterstattung einschließt. Es werden Bereiche unterschieden, die nur im großen Maßstab gemeinsam beeinflussbar sind (als Rahmensetzung – z.B. Geld- und Arbeitssystem der Wirtschaft, Raumplanung) und solche die jeder einzelne beeinflussen kann (z.B. Konsum- und Mobilitätsverhalten), wobei der Schwerpunkt der Arbeiten auf der notwendigen Änderung der Rahmenbedingungen liegen sollte.

Organisation. Die Arbeit im „Zukunftsforum: Systemwandel“ wird von einem Kernteam (5 – 10 Personen) getragen, das auch für die Koordination der Aufgaben und für die regelmäßige Berichterstattung an die Initiative Zivilgesellschaft verantwortlich ist. Sie wird gegebenenfalls entgeltlich durchgeführt.

Sonstige Bemerkungen:

Das „Zukunftsforum: Systemwandel“ beschäftigt sich mit dem Hauptziel der Initiative Zivilgesellschaft und sollte mit anderen (sektoralen) Projekten/Initiativen für die dafür in allen Bereichen notwendigen Maßnahmen abgestimmt werden.

Beweggründe für eine Mitwirkung in der „Initiative Zivilgesellschaft“ respektive im „Zukunftsforum: Systemwandel“:

- Motivation die Projekte und Kampagnen aufeinander abzustimmen
- Motivation eigene Bemühungen zu intensivieren und speziell auszurichten
- Anschlusspartner/innen/Organisationen zur gegenseitigen Stärkung finden
- Motivation außenstehende Organisationen neu zu integrieren – wir brauchen die aktive Mitarbeit vieler Leute und die Bündelung von Ideen, lediglich ein Wachstum von neuen Organisationen wäre nicht förderlich
- mit dem EVI-Prinzip zu wirkungsvollen Kampagnen vieler Organisationen im Sinne des Systemwandels zu kommen und damit im Gesamterfolg der Kampagne den Erfolg des Einzelnen sehen und umgekehrt.

zum **Brückenbau** – die nachfolgende Darstellung wird im **zfs** derzeit behandelt.

Projektbündelung

(Harald J. Orthaber, Juli 2007)

Der Brückenbau im „Zukunftsforum: Systemwandel“ betrifft derzeit folgende Hauptpositionen:

- das „Wie“ der methodischen Umsetzung wird uns fortan als Hauptthema beschäftigen,
- der dazu äußerst wichtige Fokus wird der Umgang mit Begriffen sein,
- nach wie vor werden inhaltliche Einigungsprozesse („Was“-Fragestellungen) und auch insbesondere der Umgang mit weiterhin bestehen bleibenden Gegensätzen behandelt – einander zuzuhören ist dazu ein wesentlicher Lernprozess.

Es besteht keine Diskrepanz zwischen dem Inhalt der Initiative bzw. den Zielen (der „Was“-Fragestellung) und der Methode der Verbreitung und Umsetzung der Ziele (der „Wie“-Fragestellung). Beide sind untrennbar miteinander verbunden und gehen je nach Blickwinkel unterschiedlich ineinander über. So besteht zunächst ein zweierlei „Wie“. Eines, abgeleitet über das „Was“, der gemeinsamen Ziele und ein direktes „Wie“ taktischer Umsetzung. Das „Was“ bzw. die Ziele seien weitestgehend geklärt. Dennoch gelingt offenbar die Verkopplung miteinander nicht. Kurzzeitige Erfolge des „Wie“ verpuffen oft schnell wieder. Was wurde falsch gemacht, was kann man tun? Um beim „Was“ leicht verständlich zu werden, müssen aus der Detailvielfalt der Bündelung die wesentlichen Eckpunkte der Verbindungen hervortreten und ein gewisses aha-Erlebnis liefern können. Das könnte dann Teil eines beständigen „Wie“ werden. Die Umsetzung erfolgt über Dritte zur Vereinfachung der Projektbeschreibungen, über die Beantwortung häufig wiederkehrender Fragen und über eine dynamische Diskussion der Wirkungen aufeinander. Die im Fluss befindlichen Resultate werden über eine Homepage mit entsprechenden Diskussionen (Foren, Weblogs einzelner Rubriken, etc.) festgehalten, über direkte Kontaktgespräche mit potentiellen ProjektbetreiberInnen verbreitert und über Veranstaltungen, Kampagnen, etc., in die Öffentlichkeit getragen. Wesentlich ist dazu eine Verschmelzung auf Projektebene, hinter der klarerweise Einzelpersonen oder Organisationen stehen und damit auch indirekt integrierbar und identitätsstiftend sind und bei Aktionen auch das Gesamtwerk tragen. Mit leicht verständlichem, sachorientiertem Inhalt und Identitätsstiftung mit den handelnden Personen und den anzusprechenden außenstehenden Personen, kann dann möglicherweise eine Einheit vermittelt werden, das letztlich das „Wie“ ausmacht. Der Anfangsprozess zu einer solchen Dynamik, soll vorliegend gesetzt werden.

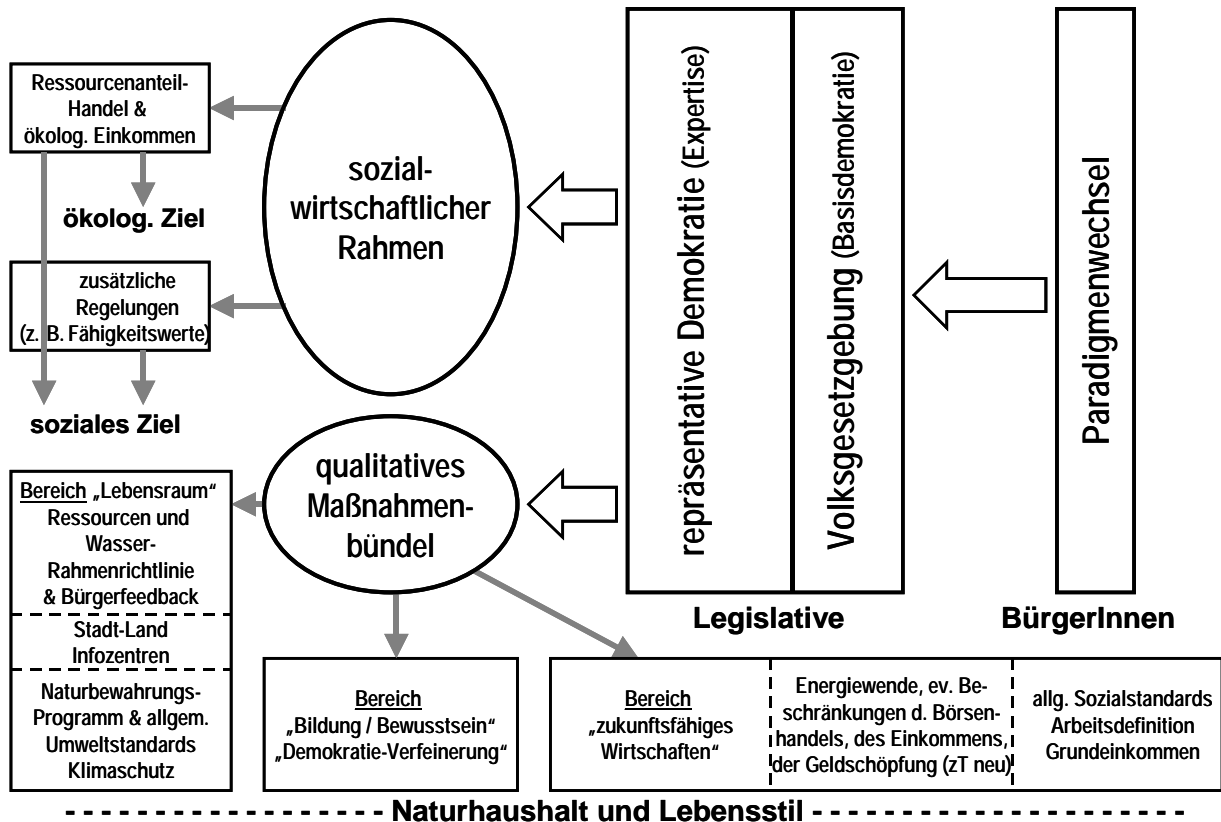
Instrumenteller Systemaufbau

Die Entwicklung dieses Aufbaus nimmt ihren Ursprung in einem schalenförmigen Aufbau der Systeme, worin es gilt das äußere Ökosystem zu bewahren, indem das innere ökonomische, menschliche System begrenzt wird. Die Begrenzung wird durch eine Rahmenregelung (Ressourcenanteilshandel und Grundeinkommen) erzielt. Aufgesplittet in Daseinsgrundfunktionen (Leitlinie der 1. Konferenz Zivilgesellschaft 2006 der „Initiative Zivilgesellschaft“), werden einzelne Bereiche, wenn notwendig, durch qualitative Maßnahmenbündel flankiert. Dieses hat schließlich in ihrer Gesamtheit die Bewahrung des Naturhaushalts (Ökosystem) durch einen entsprechenden Lebensstil zum Ziel.

Der instrumentelle Systemaufbau zeigt grob vernetzte Wirkungsbereiche, Ziele und qualitative Maßnahmenbündel mit den aufgeschlüsselten Bereichen betreffend Naturhaushalt und Lebensstil, ausgehend von AkteurInnen (BürgerInnen, Legislative). Der sozial-wirtschaftliche Rahmen und das qualitative Maßnahmenbündel ergänzen einander unabdingbar. Der jeweilige Umfang der Maßnahmen ist im Zusammenwirken dann im Detail abzustimmen. Das qualitative Maßnahmenbündel sichert den sozial-wirtschaftlichen Rahmen in seiner Akzeptanz (Bewusstseinsbildung) ab und verhindert mögliche Fehlentwicklungen in einzelnen Bereichen. Der zusammengefasste sozial-wirtschaftliche Rahmen ist

Kennzeichen, dass es nur eine Einheit Soziales und Wirtschaft geben kann und nicht eine getrennte Betrachtung. Beides ergibt *ein* soziales/gesellschaftliches Ziel. Die Legislative zerfällt in einen speziellen repräsentativen und in einen umfangreicheren sachorientierten direktdemokratischen Teil und sichert damit die Verantwortlichkeit und den wesentlichen Einfluss der BürgerInnen ab.

Instrumenteller Systemaufbau



Erläuterung der Wirkungen der sozialwirtschaftlichen bzw. ökosozialen Rahmenregelung:
(konkrete Details im Original, auch in vielerlei anderer Hinsicht, s. Hans P. Aubauer „Weniger Umweltschädigung und Arbeitslosigkeit durch kostengerechte Preise“, Seite 2-5.)

Der Güter-/Energiewert nachwachsender Rohstoffe wird allen BürgerInnen eines Landes zu gleichen Teilen als Zertifikate auf ihr privates Konto verbucht (Ökokonto). Alle Produkte und Dienstleistungen werden mit dem anteiligen Wert nachwachsender Rohstoffe (ökologischer Fußabdruck) gekennzeichnet. Dies wird über eine verpflichtende ökologische, anstelle der bisherigen monetären Buchhaltung, bewerkstelligt. Monetäre Staatseinnahmen entfallen. Über einen Zertifikathandel erhält dann das Geld eine reine Tauschfunktion, die bisherige Machtfunktion und gegenwärtige Korruptionen verschwindet nahezu, die Marktwirtschaft behält die gegenwärtige Funktion und wirtschaftliche Gewinne werden durch ökologische Produkte erzielt, deren Preise günstiger sind als unökologische Produkte. Arbeit gewinnt einen qualitativen Stellenwert und stärken wieder regionales Wirtschaften. Sie wird überwiegend durch Wissen definiert, wird aus Sicht des Unternehmens relativ zu den Rohstoffen billiger, aber die Löhne steigen. Arbeit wird mehr nachgefragt, jedoch auch eine individuelle Befreiung davon ist über einen ökologischen Lebensstil als Lohn dafür (ökologisches Einkommen als Grundeinkommen) möglich.

Diese grobe Rahmenregelung erfordern weitere sogenannte qualitative Maßnahmen zur demokratischen Umsetzung, zur Behebung von Schwachstellen und als einen weiteren Beitrag zur Erlangung von Lebensqualität.

Ausgangsvariante: Sozialökologisches Projektbündel
(die genannten Projekte sind ein erster Beginn)



Umsetzung der Rahmenregelungen / Grobregelung

- a) **„ökologisches Ziel“**
ökosoziales Steuersystem bei Energie (kurzfristige Maßnahme) **ökologischer Fußabdruck als Lebensgrundlage**
„Ressourcenwirtschaft“ (mittelfristige Maßnahme)
Projekt: Ökobonus Projekt: Ressourcenanteilshandel
 demokratiepolitisch mehrheitsfähig, auf Landes- / EU-Ebene umsetzbar und weltweit ausdehnbar
solidarisches Ziel zwischen den Ländern durch Wissenstransfer zur Nutzung eigener Ressourcen
- b) **„soziales Ziel“** -- Verteilung gleicher Lebenschancen und in „in Freiheit tätig sein“
Projekte: Ökobonus / Ressourcenanteilshandel / Grundeinkommen
Ausgleichsmaßnahmen in Abstimmung zu ökologischen Kriterien

Wirkungen: siehe Erläuterung auf dem Zusatzblatt des „Instrumentellen Systemaufbaus“.

Umsetzung/Abstimmung von qualitativen Maßnahmenbündeln / Feinregelungen (in Bereichen) **zukunftsfähiges Wirtschaften**

- c) **„Arbeit“** -- neue sinnerfüllende Werte, volkswirt. Maßstab: Well-Being, footprint, Lebensqualität u. neue Lösungen bei Gesund, Unternehmen, Technologien
Projekte: Lebensqualität – Forschungsinstitut / Arbeit, Unternehmen (EPU) / CSR in KMU / „Dritter Weg“ / Plattform Footprint / Fair Share / etc.
- d) **„Geld“** -- neue Werteanbindung, Machtverlust, Tauschfunktion, Korrekturen mit Weltleit-, National- u. Regionalwährungen, Steuersystem-Umbau, Einkommensfrage, etc.
Projekte: Energiegedeckte Regionalwährungen / Geld und Psyche / etc.
- e) **„Energie“** -- Machtverlust durch Regionalisierung, Energiesparen und Energieumstieg
Projekte: Energiewende Event
- f) **„Vermeidung von Risikotechnologien“** -- Atomkraft, Gentechnologie in der LW, CCS, Elektrosmog, Nanotechnologie, ...
Projekte: CCS, Nein danke! – Gegen CO2 -Abscheidung und -Lagerung / Gegen Korruption in der Wissenschaft – Förderung nachhaltiger Technologien

Lebensraum

- g) **„Siedlungs- und Infrastruktur sowie Mobilität“** -- neue Kraft der Raumplanung
Projekte: angedacht z.B. Ökostadt, Ökodorf, öffentlicher Verkehr / etc.
- h) **„engerer Naturschutz“** -- Erhaltung der Biodiversität, Naturbewahrung
Projekte: Wiederbewaldungsinitiative / etc.

Demokratie & Bildung/Bewusstsein, Friede & Sicherheit

- i) **„Demokratie“** -- auf politischer Ebene und Medienebene – Volkssouveränität herstellen
Projekte: Volksgesetzgebung jetzt! / alternative Medien in Europa / etc.
- j) **„Bildung“** -- Bewusstseinsbildung für ein achtsames Leben, Bildungsreformen
Projekte: Ausstellung: „Segen und Fluch des Geldes“
- k) **„Konfliktbewältigung“** --inner-/ zw.staatlich – „Nord-Süd-Transfer, Glob.Gov. – EU/UNO
Projekte: 10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag / etc.



Arbeiten im Internet

Hans Peter Aubauer

„Seinem Sein Sinn geben“

http://www.zeit-fragen.ch/ARCHIV/ZF_122a/T03.HTM

„Eine gerechte Verteilung natürlicher Ressourcen als Voraussetzung für den Frieden“

http://www.zeit-fragen.ch/ARCHIV/ZF_122a/T06.HTM

„EU-Mitgliedschaft: aufgezwungene Globalisierung“

http://www.zeit-fragen.ch/ARCHIV/ZF_86d/T21.HTM

„Zerstörer Freihandel“

http://www.zeit-fragen.ch/ARCHIV/ZF_73d/T05.HTM

„Grundlagen einer Sonnenökonomie“

<http://www.arge-ja.at/sonnenoekonomie.html>

„Ökologische, globalsolidarische und soziale Zügel für den Kapitalismus“ in: „Weltreligionen und Kapitalismus“ H. Knoflacher u.a. (Hrsg.) echo media Verlag Wien 2006 ISBN: 3-901761-54-3

(wissenschaftliche Veröffentlichung: „A just and efficient reduction of resource throughput to optimum. In: Ecological Economics, 58, Jun 2006, pp. 637-649“)

http://homepage.univie.ac.at/peter.weish/interessante_texte/Z%FCgelung%20des%20Kapitalismus.pdf

weitere Dokumente und Literaturhinweise

Rauch, Herbert, Strigl, Alfred, 2005: Die Wende der Titanic. Wiener Deklaration für eine zukunftsfähige Weltordnung, Oekom-Verlag München.

Minsch, Jürg, 2005: Nachhaltige Entwicklung. Gedanken zur Weiterentwicklung der offenen Gesellschaft, Allhau Symp..

Kitzmüller, Erich, Herwig Büchele, 2005: Das Geld als Zauberstab und Macht der internationalen Finanzmärkte. LIT Verlag, Wien.

Jakubowicz, Dan, 2002: Genuss und Nachhaltigkeit. Handbuch zur Veränderung des persönlichen Lebensstils. Promedia Verlag, Wien.

Orthaber, H., J., 2006: Ressourcengeld – ein wichtiger Rahmen und Baustein zum Systemwandel. Beitrag zum 10. Allhauer Symposium „Moderne Jobs für das 21. Jhd.“, Juni 2006.

Initiativen zum Brückenbau

ESD – Arbeitsgruppe Naturbewahrung und Wirtschaft / Ressourcenkultur.

<http://www.esd-eu.org>

Zukunftsforum: Systemwandel – ein Projekt in der Initiative Zivilgesellschaft (Mai 2007).

<http://www.initiative-zivilgesellschaft.at>